

Bad Schwalbach, den 10.06.2026

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	30/XI. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 10. Februar 2026
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	18:15 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr André Stolz MdL	
----------------------	--

Landrat

Herr Sandro Zehner	
--------------------	--

CDU Fraktion

Herr René-Alexander Beuschel	
Herr Lukas Brandscheid	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Marsilius Graf von Ingelheim	
Frau Mareike Heckel	
Herr Jürgen Helbing	
Frau Sonya Henneberg	
Herr Alexander Hennrich	
Herr Christian Herfurth	
Frau Andrea Kremer	
Herr Volker Mosler	
Frau Ulrike Neradt	
Herr Olaf Pulch	
Herr Joachim Reimann	

Frau Alexandra Unger	
Herr Sebastian Willsch	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Herr Lars Christ	
Herr Volker Diefenbach	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Markus Oberndörfer	
Frau Wendy Penk	
Herr Martin Rabanus MdB	
Frau Aylin Sinß	
Herr Carsten Sinß	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Marius Weiß MdL	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Herr Felix Bleuel	
Frau Miriam Deppe	
Frau Miriam Fuchs	
Frau Sigrid Hansen	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Günter Linke	
Herr Timo Müller	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Martin Stappel	
Herr Klaus Stolpp	

AfD-Fraktion

Herr Ulrich Fachinger	
Herr Klaus Gagel MdL	
Herr Dr. Frank Grobe MdL	
Herr Christian Kessner	
Herr Karl Mayer	

FW Fraktion

Herr Matthias Bremser	
Herr Alfred Hollinger	
Herr Ronald Nickel	

FDP Fraktion

Herr Alexander Müller	
Herr Marius Schäfer	
Björn Sommer	

entschuldigt

Herr Michael Barth	
Herr Johann-Josef Becker	
Frau Juliane Bremerich	
Herr Sebastian Busch	
Herr Alexander Cornelius	
Herr Helmut Fell	
Frau Senia Gomez Garces	
Herr Matthias Hannes	
Herr Jan Kraus	
Frau Dr. Jeanette Meixensperger	
Frau Petra Müller-Klepper	
Frau Sabine Muth	
Herr Paul Weimann	

Kreisausschuss

Herr Hansjörg Bathke	
Herr Günter F. Döring	
Frau Nicole Eggers	
Herr Jan Feser MdB	
Frau Heike Jung-Wellek	
Herr Walter Lieber	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Thomas Wieczorek	
Frau Nadja Wildner	

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
Herr Thomas Zarda	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Verwaltung

Frau Astrid Deicke-Schäfer	
Herr Lars Irrgang	
Herr Franco Matera	
Frau Julia Scherer-Lupp	

Herr Jasper Klos	
Herr Benno Pörtner	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Stolz eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages, des Kreisausschusses mit Landrat Sandro Zehner an der Spitze und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

KTV Stolz stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages am 02.12.2025 liegen keine Einwände vor. Die Niederschrift der Kreistagssitzung am 28.10.2025 wird sodann einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung:

In die Tagesordnung II wird in der Fassung der Ausschussempfehlungen der TOP III. 6 überstellt. TOP III. 7 soll bis zur Junisitzung des neuen Kreistages zurückgestellt werden.

Auf Antrag werden die TOP II. 3 und II. 5 in die Tagesordnung III überstellt und als TOP III. 10 und III. 11 aufgerufen.

Landrat Zehner bittet um Erweiterung der Tagesordnung durch die DS XI/1502 und DS XI/1504, Aufbau einer Ladeinfrastruktur und Bericht zum ASP. Gegen die Erweiterung erhebt sich kein Widerspruch. Die Vorlagen werden in der Tagesordnung II aufgenommen als TOP II. 6 a und II. 6 b.

Zur Tagesordnung liegen weiterhin drei Dringlichkeitsanträge vor (**Anlagen 1, 2 und 3 der Niederschrift**):

- Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2026 zum Thema „Wallauer Spange. Für die Dringlichkeit spricht der Abg. Willsch (CDU). Eine Gegenrede findet nicht statt. Die Dringlichkeit ist somit gegeben.
- Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion vom 08.02.2026 zum Thema „Wohnraum für

Auszubildende“. Für die Dringlichkeit spricht der Abg. Bremser (FW). Eine Gegenrede findet nicht statt. Die Dringlichkeit ist somit gegeben.

- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.02.2026 zum Thema „Grundschulstandort Waldems“. Für die Dringlichkeit spricht der Abg. Beuschel (CDU) bei einer Gegenrede des Abg. Müller (FDP). Die Dringlichkeit dieses letzten Antrages wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD und FDP
mehrheitlich

beschlossen.

KTV Stolz nimmt die Anträge jeweils als separate Tagesordnungspunkte vor den TOP III.1 als TOP III. 1 a, III. 1 b und III. 1 c in die Tagesordnung auf.

Die so geänderte Tagesordnung wird sodann einstimmig beschlossen.

KTV Stolz macht Mitteilungen zur Verteilung des Programmes zum Rheingau-Musik-Festival 2026 und bittet die Mitglieder des Hauses darum, für ein Gruppenbild am Ende der Sitzung zur Verfügung zu stehen und stellt fest, dass die konstituierende Sitzung des Neuen Kreistages nach der Hessischen Kommunalwahl am 12. Mai 2026 in Bad Schwalbach stattfindet.

KTV Stolz tritt in die Tagesordnung ein.

TOP I	DS	Tagesordnung I
TOP I.1	DS	Fragestunde

Die Antworten auf die eingegangenen Kleinen Anfragen der Fraktionen sind der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

TOP I.2	DS	Bericht des Landrates
----------------	-----------	------------------------------

Der Bericht von Landrat Zehner ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt. Nachfragen aus der Mitte des Hauses gibt es zu beiden Punkten nicht.

TOP II	DS	Tagesordnung II
---------------	-----------	------------------------

KTV Stolz ruft die Tagesordnung II zur Abstimmung auf. Die Vorlagen werden einstimmig beschlossen.

TOP II.1	DS XI/1471	Einsatz Künstlicher Intelligenz im RTK
-----------------	-------------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II.2 DS XI/1476 Antrag Nr. 54/23 der CDU-Fraktion - Jährlicher Bericht zu den Schülerzahlen und Übergängen von Grundschulen zu den weiterführenden Schulen

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II.4 DS XI/1479 Kreditneuaufnahmen im Dezember 2025 aus Kreditermächtigung 2024 und 2025

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II.6 DS XI/1487 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages vom 16.09.2025 bis 02.12.2025

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP III.6 DS XI/1475 Gelbe Tonne - Tonnentausch; hier Dringlichkeitsantrag Nr. 24/25 der CDU-Fraktion vom 15. November 2025, eingegangen am 17. November 2025

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Da ein Übergang der gelben Tonnen vom bisherigen zum neuen Unternehmer trotz intensiver Bemühungen nicht möglich war, muss versucht werden, für die Zukunft eine andere Lösung zu erreichen. Der Kreisausschuss und der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft werden beauftragt, mit den Dualen Systemen dahingehend zu verhandeln, dass die Dualen Systeme zukünftig die gelben Tonnen selbst beschaffen und nur noch die Transportleistung ausschreiben, alternativ könnte die Beschaffung der gelben Tonnen auch durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft erfolgen, in beiden Fällen müsste der jeweils beauftragte Unternehmer dann ein Nutzungsentgelt bezahlen. Damit könnten die Tonnen bei einem Unternehmerwechsel stehen bleiben.

TOP II. 6 a DS XI/1502 Aufbau einer Ladeinfrastruktur; hier: Antwort auf die Große Anfrage Nr. 05/25 der GRÜNEN vom 21.05.2025

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 6 b DS XI/1504 Große Anfrage 11/25 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE - Mehrkosten und Belastung durch die Afrikanische Schweinepest (ASP); hier Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

KTV Stolz ruft sodann zunächst die eingereichten Dringlichkeitsanträge auf.

**TOP III. DS Tagesordnung III
TOP III. 1 a DS XI/1498 Wallauer Spange; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 04/26 der CDU-Fraktion vom 22. Januar 2026**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Willsch (CDU), Gagel (AFD), Rabanus (SPD) und Müller (FDP). Der Antrag wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert die Bundesregierung auf, die bereits fertig geplante und kurz vor der Erlangung des Baurechts stehende bauliche Umsetzung der Wallauer Spange wie vorgesehen zu realisieren. Der Baubeginn muss unmittelbar nach Erlangung des Planfeststellungsbeschlusses erfolgen. Eine Verzögerung der Fertigstellung über das Jahr 2030 hinaus ist nicht hinnehmbar.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die zur Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel der DB InfraGo AG rechtzeitig bereitzustellen und etwaige Zweifel an der

Finanzierung des Projekts kurzfristig durch eine verbindliche Finanzierungsvereinbarung auszuräumen.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich mit den Verantwortlichen der Landeshauptstadt Wiesbaden abzustimmen und das Anliegen gemeinsam und nachdrücklich an den Bundeskanzler, den Bundesminister für Verkehr sowie an die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag zu adressieren.

TOP III. 1 b DS XI/1509 Schaffung von Wohnraum für Auszubildende; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 05/26 der FW-Fraktion vom 08. Februar 2026, eingegangen am 09. Februar 2026

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bremser (FW), Schäfer (FDP), Christ (SPD), Pörtner (LINKE), Mayer (AFD) und Bleuel (GRÜNE).

Der Antrag wird bei

Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion**

Beschluss:

Es soll geprüft werden, ob und mit welchen Mitteln in leerstehenden Asylbewerberunterkünften Kleinwohnungen oder WG Zimmer für Auszubildende oder Studenten geschaffen werden können.

TOP III. 1 c DS XI/1511 Grundschulstandort in Waldems; hier: gemeinsamer Dringlichkeitsantrag Nr. 06/26 der CDU- und SPD-Fraktion vom 09. Februar 2026

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Beuschel (CDU), Christ (SPD), Mayer (AFD), Bremser (FW) und Pörtner (LINKE).

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt das Signal der Gemeindevertretung vom 5. Februar zur eindeutigen Positionierung für einen Schulstandort positiv und unterstützend zur Kenntnis und fordert den Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises auf mit der Gemeinde Waldems - im Rahmen des Schulentwicklungsplanes als auch in grundsätzlichen Gesprächen - zu einem

Schulstandort einzutreten und Abstimmungen durchzuführen.

2. Der Kreistag wird im Rahmen des Schulentwicklungsplanes zu den Gesprächen zwischen Landkreis und Gemeinde auf dem laufenden Kenntnisstand gehalten.

TOP III.1 DS XI/1470 Stellungnahme des Rheingau-Taunus-Kreises zur Offenlage des Regionalplans Südhessen

Abg. Mosler (CDU) berichtet aus dem UMTK.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel (AFD) mit Begründung des Ergänzungsantrages (**Anlage 6 der Niederschrift**) und die Abg. Christ (SPD) und Bleuel (GRÜNE).

Der Ergänzungsantrag der AFD-Fraktion wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Vorlage wird sodann bei

Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen bei Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion**

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Stellungnahme zum Regionalplan Südhessen 2025 zu.

TOP III.2 DS XI/1482 Jahresabschluss 2021 des Rheingau-Taunus-Kreises

Abg. Bremser (FW) berichtet aus dem HFWD von den Beratungen der Jahresabschlüsse 2021 und 2022.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss legt nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 113 HGO den Jahresabschluss 2021 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dem Kreistag zur Beratung und zur Beschlussfassung vor. Der Kreisausschuss bittet den Kreistag um Entlastung gemäß § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO.

Der Kreistagsvorsitzende wird vom Kreisausschuss gebeten, die Kreistagsvorlage ohne

vorherige Beratung im Plenum unmittelbar an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überweisen.

2. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2021 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2021 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

Er bittet zu berichten, wann die Prüfungsfeststellungen der Revision des Rheingau-Taunus-Kreises umgesetzt worden sind.

Der Jahresüberschuss wird dem Ergebnisvortrag aus Vorjahren zugeführt.

TOP III.3 DS XI/1483 Jahresabschluss 2022 des Rheingau-Taunus-Kreises

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss legt nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 113 HGO den Jahresabschluss 2022 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dem Kreistag zur Beratung und zur Beschlussfassung vor. Der Kreisausschuss bittet den Kreistag um Entlastung gemäß § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO.

Der Kreistagsvorsitzende wird vom Kreisausschuss gebeten, die Kreistagsvorlage ohne vorherige Beratung im Plenum unmittelbar an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überweisen.

2. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2022 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2022 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

Er bittet zu berichten, wann die Prüfungsfeststellungen der Revision des Rheingau-Taunus-Kreises umgesetzt worden sind.

Der Jahresüberschuss wird dem Ergebnisvortrag aus Vorjahren zugeführt.

TOP III.4 DS XI/1485 Rahmenkonzept zur Umsetzung des Rechtsanspruchs an den öffentlichen Grundschulen, Gesamtschulen mit Grundstufe sowie Förderschulen des Rheingau-Taunus-Kreises zum Schuljahr 2026/27

Abg. Penk (SPD) berichtet aus dem JSG und Abg. Weiß (SPD) berichtet aus dem SBS.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Brandscheid (CDU), Dr. Grobe (AFD), Rabanus (SPD), der um getrennte Abstimmung des Punktes 5 bittet und die Abg. Sommer (FDP), Dr. Kluge-Pinsker (GRÜNE), Bremser (FW) und Pörtner (LINKE) bei einer Zwischenfrage des Abg. Brandscheid (CDU).

Punkt 5 des Beschlussvorschlages wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, GRÜNEN, FW und FDP und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, AFD und 2 LINKEN
mehrheitlich

beschlossen.

Die Vorlage insgesamt wird sodann bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fasst folgenden Beschluss:

1. Das „Rahmenkonzept zur Darstellung des Rechtsanspruchs Ganztags ab dem Schuljahr 2026/2027 im Rheingau-Taunus-Kreis“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Das Rahmenkonzept ist für alle betroffenen Schulen, Träger der Ganztagsangebote sowie die beteiligten Akteure verbindliche Grundlage für die Planung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Ganztagsbetreuung im Kreis.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die zur Umsetzung des Rechtsanspruchs erforderlichen organisatorischen, personellen, infrastrukturellen und finanziellen Maßnahmen auf Grundlage des Rahmenkonzepts zu veranlassen.
4. Der Rheingau-Taunus-Kreis wird die Träger der Ganztagsangebote in angemessener Höhe finanziell unterstützen. Die Auszahlung erfolgt quartalsweise ab dem 01.08.2026 in Form von Abschlagszahlungen, der sich nach den Anmeldezahlen und den im Rahmenkonzept festgelegten Kriterien orientiert. Eine Spitzabrechnung in Form eines

Verwendungsnachweises wird dem FD II.9 zum jeweiligen Schuljahresende vorgelegt.

5. Das Rahmenkonzept sieht eine finanzielle Beteiligung der Eltern in Form eines Sockelbetrages in Höhe von 55,00 € pro Kind / pro Monat bei einer Nutzung des 5-Tages-Ganztagsangebotes und 32 € pro Kind / pro Monat bei einer Nutzung des 3-Tages-Ganztagsangebotes vor.
6. Der Kreisausschuss bittet den Landrat noch mal bei der hessischen Landesregierung dafür einzutreten, die finanziellen Zuweisungen für den Ganzttag soweit zu erhöhen, dass keinerlei Elternentgelte durch Kostendeckung notwendig sind.
7. Der Kreistag stellt fest, dass der Bund durch das Ganztagsförderungsgesetz einen bundesgesetzlichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027 eingeführt hat und damit die Aufgabenerfüllungspflicht bei den kommunalen Schulträgern verankert wurde.
8. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass zur Umsetzung dieses Rechtsanspruchs im Rheingau-Taunus-Kreis nach derzeitiger Kalkulation Investitionskosten in Höhe von 38,75 Mio. Euro sowie laufende erhebliche Betriebskosten entstehen. Demgegenüber stehen Bundesmittel in Höhe von lediglich 6,8 Mio. Euro was weder kostendeckend noch strukturell auskömmlich ist. Wir erkennen an, dass die Landesregierung die Stellen für den Ganzttag verdreifacht hat und mittlerweile 5400 Stellen ausschließlich für den Ganzttag geschaffen hat. Zudem wird von Landesseite der Betrag, der pro voller Stelle für externe Fachkräfte an Schulen zur Verfügung gestellt wird, deutlich auf 54.000 € angehoben.
Der Kreis muss die verbleibenden Mehrkosten durch eigene Mittel decken, insbesondere über die Schulumlage.
9. Der Kreistag stellt fest, dass der Beschluss zum Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung, ohne vollständigen finanziellen Ausgleich, ein Paradebeispiel für eine notwendige Konnexität zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist, die seitens der kommunalen Familie seit langem eingefordert wird.
Der Kreisausschuss wird beauftragt, den zuständigen Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kreisebene und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden darzulegen. Dabei ist auf die bestehende Deckungslücke und die strukturelle Unterfinanzierung hinzuweisen und eine auskömmliche Finanzierung der einzuführenden Leistung einzufordern.

TOP III.5 DS XI/1495 Einführung des Losverfahrens an weiterführenden Schulen – Auswirkungen auf die Schulstandorte Taunusstein und Idstein / kurzfristige Kapazitätsanpassungen ab dem Schuljahr 2026/2027

Abg. Weiß (SPD) berichtet aus dem SBS.

An der Aussprache beteiligen sich Landrat Zehner und die Abg. Weiß (SPD) mit Begründung zum Änderungsantrag seiner Fraktion (**Anlage 7 der Niederschrift**) und die Abg. Brandscheid (CDU), Dr. Grobe (AFD) und Pörtner (LINKE).

Der Änderungsantrag wird anschließend bei

JA-Stimmen aus der SPD-Fraktion
Enthaltungen aus der FDP-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Vorlage wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die kurzfristige Angliederung einer zusätzlichen Eingangsklasse (Jahrgang 5) in Taunusstein und auch in Idstein, sofern das gemeinsame gymnasiale Angebot an der PSI und der Limeschule nicht ausreicht. Die Maßnahme ist zunächst für das Schuljahr 2026/2027 vorgesehen, erfolgt innerhalb der bestehenden räumlichen Kapazitäten und erfordert keine baulichen Anpassungen.

TOP III.8 DS XI/1493 Unterstützern der Umgehung der Bezahlkarte die Unterstützung entziehen; hier: Antrag Nr. 02/26 der AfD-Fraktion vom 14. Januar 2026

Abg. Penk (SPD) berichtet aus dem JSG.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel (AFD), Reimann (CDU), Klos (LINKE), Reineke-Westphal (GRÜNE), Schäfer (FDP), Weiß (SPD), Willsch (CDU), Müller (FDP und Müller (GRÜNE).

KTV Stolz lässt zunächst den Antrag in der Fassung des Beratungsergebnisses des JSG abstimmen. Der Antrag wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FW und FDP und
NEIN-Stimmen von SPD, GRÜNEN, AFD und LINKEN
mehrheitlich

abgelehnt.

Abg. Gagel bittet um Abstimmung des Ursprungsantrages der AFD. KTV Stolz lässt eine Abstimmung ausnahmsweise zu, verweist allerdings auf seine Erläuterung zur Abstimmung, wonach die Ausschussempfehlung zur Abstimmung gestellt wurde.

Der Antrag der AFD wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III.9 DS XI/1494 Geplante Windenergieanlagen (WEA), Windvorranggebiete 2-371 und 2-372 Hünstetten/Idstein; hier: Antrag Nr. 03/26 der AfD-Fraktion vom 14. Januar 2026

Abg. Mosler (CDU) berichtet aus dem UMTK.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel, Beuschel und Bremser. KTV Stolz lässt über die ablehnende Ausschussempfehlung abstimmen. Diese wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP II.3 DS XI/1477 Große Anfrage 10/25 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Nach einem Wortbeitrag des Abg. Pörtner (LINKE) zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II.5 DS XI/1480 Große Anfrage 09/25 der fraktionslosen Abgeordneten der Partei DIE LINKE; Umsetzung der Istanbul-Konvention; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Nach einem Wortbeitrag des Abg. Pörtner (LINKE) zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis: **Zurückgestellt bis zur Junisitzung**

Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte:

TOP II DS Nichtöffentlicher Tagesordnungspunkt ohne Beratung

KTV Stolz bittet den Kreistag um ein Votum, ob die Vorlage zu TOP II. 9 in nicht-öffentlicher Sitzung aufgerufen werden soll. Der Kreistag stimmt zu, die Vorlage in nicht-öffentlicher Sitzung zu beraten.

KTV Stolz bittet die Gäste der Sitzung den Raum zu verlassen. KTV Stolz stellt die Nicht-Öffentlichkeit fest.

**TOP II.7 DS XI/1486 Fortführung der stillen Einlage bei der NASPA, Gewährung und
Genehmigung einer Bankbürgschaft, Refinanzierung über ZVN
Finanz GmbH (ZVN) und Abschluss einer
Avalprovisionsvereinbarung.**

KTV Stolz stellt die Vorlage vor. Die Vorlage wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Stolz stellt die Öffentlichkeit wieder her und teilt das Abstimmungsergebnis mit.

KTV Stolz gibt dem Abg. Gagel (AFD) die Gelegenheit für eine persönliche Bemerkung.

Abg. Reineke-Westphal (GRÜNE) nutzt einen Wortbeitrag, um dem Kreistagsvorsitzenden für seinen überparteilichen und fairen Umgang mit allen Mitgliedern des Hauses zu danken. In ihren Dank schließt die Abg. Reineke-Westphal (GRÜNE) ausdrücklich die Mitarbeiter des Sitzungsdienstes ein.

KTV Stolz gibt abschließend einen Überblick der Leistungen des Kreistages. In 30 Sitzungen wurden über 1000 Vorlagen beraten, ca. 300 Fraktionsanträge aufgerufen, Kleine und Große Anfragen beantwortet und wichtige politische Weichen im Rheingau-Taunus-Kreis gestellt. KTV Stolz dankt für das Vertrauen des Hauses in den letzten Jahren und schließt die Sitzung um 18.15 Uhr.

Bad Schwalbach, 11. Februar 2026

(André Stolz)
Ausschussvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer